

Ministerpräsident Dr. v. Kucharszewski über den Erfolg seiner Wiener Reise.

Wien, 15. Januar.

Der Vertreter der Polnischen Pressagentur hatte mit dem Ministerpräsidenten v. Kucharszewski eine Unterredung über die Eindrücke und Ergebnisse der Wiener Reise des polnischen Regenschaftrates.

Alle amtlichen Faktoren der Monarchie, sagte der Ministerpräsident, gaben ihrer Sympathie für den Regenschaftrath, als dem Vertreter des souveränen polnischen Staates Ausdruck. Auch die Tatsache, daß die Warschauer Gäste in der Hofburg abgestiegen sind, symbolisiert gewissermaßen das Verhältnis der Habsburger Monarchie zum polnischen Staate. Im Laufe der Geschichte hat die polnische Nation so viele herzliche Bande mit der habsburgischen Dynastie angeknüpft, daß die Vertreter der beiden Staaten bei ihren Bestrebungen, engere persönliche und offizielle Beziehungen herzustellen, auf keine Schwierigkeiten stießen. Vor allem haben diese Bemühungen Kaiser Karl und dessen hohe Gemahlin erleichtert. Das Herrscherpaar hat die polnischen Gäste durch den Zauber ihrer Persönlichkeiten, durch das Verständnis für die polnische Frage und die

innige Sympathie für die polnische Nation gewonnen.

Ein besonderer Dank gebührt der Wiener Presse für ihre wohlwollende und freundliche Begrüßung der Warschauer Gäste.

Ministerpräsident v. Kucharszewski drückte sodann sein Bedauern aus, daß er wegen Arbeitsüberbürdung keinen Besuch den Vertretern des ungarischen Staates in Budapest abstaten konnte. Mit Ungarn verbinden die Polen gemeinsame historische Erlebnisse und gemeinsame politische Interessen in der Gegenwart. Der Ministerpräsident würde innig wünschen, daß er in kürzester Zeit Gelegenheit finde, Budapest zu besuchen.

Die Konferenzen über die polnische Armee und Verwaltung.

Zu den positiven Ergebnissen der Wiener Reise übergehend, betonte Herr v. Kucharszewski, daß die Konferenzen mit maßgebenden Faktoren zur Klärung einer ganzen Reihe von Fragen beigetragen haben. Die polnische Regierung hat ebenso wie in Berlin, so auch hier den Entwurf der Organisation der polnischen Armee vorgelegt. Eine wohlwollende Prüfung des Entwurfes wurde in Aussicht gestellt.

In allgemeinen Umrissen wurde die Uebernahme einzelner Zweige der Landesverwaltung durch die polnischen Behörden besprochen. Detaillierte Vorschläge werden in Warschau von den unlängst ins Leben gerufenen Ministerien ausgearbeitet. Dort werden diesbezügliche Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden stattfinden.

Die schon während des früheren Aufenthaltes des Ministerpräsidenten besprochene Frage der Entsendung von Lebensmittelwaggons aus dem österreichisch-ungarischen nach dem deutschen Okkupationsgebiete wird in Wien einer eingehenden Erwägung unterzogen. In den nächsten Tagen wird Minister Przanowski die Sache detailliert darlegen.

Bezüglich der Frage der Vertretung der polnischen Regierung in den Hauptstädten der verbündeten Mächte sowie in den neutralen Ländern erscheint die Hoffnung nicht unbegründet, daß sie trotz der formellen Schwierigkeiten teilweise im Sinne der polnischen Postulate erledigt werden wird.

Die Teilnahme an den Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Frage der Teilnahme der Vertreter des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen ist teilweise geregelt. Der Zulassung der Polen zu den Friedensverhandlungen nicht bloß als Sachverständige und Berater, sondern in einer analogen Stellung wie die Vertreter der Ukraine, stehen die Rücksichten des Völkerrechtes im Wege. Nach Ansicht des Herrn v. Kucharszewski können diese Rücksichten heute, da die Kriegsergebnisse die Revision des bisher geltenden Völkerrechtes erfordern, keine absolute Geltung haben. Dr. v. Kucharszewski stellt fest, daß die maßgebenden Kreise der habsburgischen Monarchie Verständnis für die polnischen Wünsche in dieser Frage haben. Die polnische Regierung und die polnische Nation legen der Beteiligung an den Friedensverhandlungen großen Wert bei und würden darin den Beweis des Wohlwollens der Mittelmächte und der praktischen Anwendung der bereits theoretisch anerkannten souveränen Attribute des polnischen Staates erblicken.

Von anderen Fragen wurde die Behandlung der polnischen Kriegsgefangenen berührt und die Zusage erzielt, daß die polnischen Wünsche in dieser Frage Berücksichtigung finden werden.

Die austro-polnische Frage.

Schließlich befragte der Vertreter der „Polnischen Pressagentur“ den Ministerpräsidenten Kucharszewski über die sogenannte austro-polnische Lösung der polnischen Frage und wies auf das Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ hin, in welchem gesagt wurde, daß die austro-polnische Lösung angeblich nicht so sicher sei, wie gemeinhin angenommen wird.

Ministerpräsident Kucharszewski antwortete, daß seit den bekannten Erklärungen des Grafen Czernin und des Grafen Hertling, betreffend die Zukunft Polens, sich nichts Neues ereignet habe, was auf eine Aenderung des bisherigen Standes der Frage hindeuten würde. Die beiden Staatsmänner erklärten übereinstimmend, daß die polnische Nation selbst über ihre Zukunft entscheiden werde. Es ist schwer, heute zu sagen, wie diese Entscheidung ausfallen wird, nichtsdestoweniger ist es eine feststehende Tatsache, daß die habsburgische Monarchie und Dynastie sich großer Sympathien in Polen erfreut. Es wird sich eine entsprechende Form finden, diese Sympathien und gemeinsamen Interessen zum Ausdruck zu bringen. Dies wird Sache der Verhandlungen zwischen den beiden Mittelmächten einerseits und Polen andererseits sein. Die Vereinigung Galiziens und Kongresspolens ist ein inniger Wunsch der ganzen polnischen Nation.